Samstag, 10. Oktober 2009

»Unrecht Unrecht nennen!«

Zwei Millionen Menschen leben in Deutschland an der Grenze zur Armut - obwohl sie einen festen Job haben.

Mit ihnen beschäftigt sich die zweite Armutskonferenz am 15. Oktober in der EmK in Waiblingen (Rems-Murr-Kreis). Mit dabei ist auch Frieder Claus, Armutsexperte der württembergischen Diakonie. Volker Kiemle hat mit ihm gesprochen.

Die Schere zwischen armen und reichen Menschen geht in Deutschland seit Jahren immer weiter auseinander. Wer ist dafür verantwortlich?

Frieder Claus: Da laufen viele Entwicklungen zusammen, die in den letzten Jahrzehnten im Irrglauben an die Heilkraft freier Märkte als segens- und zukunftsreich verkündet wurden: Privatisierung, Absenkung von Sozialleistungen und Löhnen, Anreize für Gewinne, Verschlankung des Staates und so weiter. Spürbar wurde dies etwa in einer sehr hohen Steuer- und Abgabenlast für mittlere Einkommen bei gleichzeitiger Entlastung der großen, einem massiven Sozialabbau mit der Spitze von Hartz IV oder dem hier thematisierten Ausbau von Niedriglöhnen. Dies alles hat zur Schwächung unserer Kaufkraft geführt, an der wir in der Krise
jetzt besonders kranken.

Auch an der wachsenden Zahl von Tafelläden ist abzulesen, dass die Armut steigt. Kritiker bemängeln aber, dass gerade Tafelläden und Suppenküchen Armut eher zementieren als beseitigen. Was meinen Sie?

Frieder Claus: Das Evangelium ruft uns zum einen auf, uns dem Bedürftigen an der Straßenecke zuzuwenden, gleichermaßen aber dafür zu sorgen, dass dort kein Bedürftiger mehr sitzen muss. Die Tafelläden und Suppenküchen wenden sich den Bedürftigen zu und
das ist gut so. Gleichzeitig sollten sie aber verstärkt gegen die Armutsentwicklung eintreten, die bei ihnen sichtbar werdende Armut skandalisieren, die Notlagen dokumentieren und die Politik auffordern, in gleicher Weise aktiv zu werden. Zudem sind Armut und Rechtlosigkeit oft Zwillinge, es sollte deshalb kein Versorgungsangebot ohne die Möglichkeit einer Rechtsberatung
und Unterstützung für eine Selbstorganisation der Betroffenen geben. Hier wird zu wenig getan und zu oft wird nur das eigene Gutmenschentum gefeiert.

An Appellen und Aktionen gegen die wachsende Armut fehlt es nicht. Warum nützt das alles nichts?

Frieder Claus: Es waren bislang, sieht man mal von den anfänglichen Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV ab, nur einzelne Initiativen weniger Mutiger. Es gab Gewinner und Verlierer der Entwicklung und die große Masse hoffte, ungestreift durchzukommen.
Diese Hoffnung aber bröckelt mit jeder neuen Krise. Für Christen sollte jedoch soziale Gerechtigkeit keine Frage des aktuellen Echos sein, denn es ist Gottes großes Anliegen. Die Propheten und Jesus haben sich für

gerechtes Teilen und soziale Teilhabe ohne Rücksicht auf den öffentlichen Widerhall eingesetzt, das hat zu einem roten Faden der Menschlichkeit in unserer Geschichte
geführt. Es gibt heute eine Tendenz zu »brasilianischen Verhältnissen« - weltweit und national - und es ist sehr wichtig, ungerechte Strukturen und Entwicklungen als Unrecht zu benennen.

Was muss sich ändern, um den Trend umzukehren?

Frieder Claus: Wir müssen aus dem Scherbenhaufen lernen, den wir im Irrglauben an die Allmacht des Marktes als goldenes Kalb angerichtet haben. Auch die Kirchen müssen die biblischen Leitlinien für ein gelingendes Zusammenleben wieder viel stärker einfordern. Das sind für mich insbesondere Recht und Barmherzigkeit: soziale Rechte für die Schwachen und Barmherzigkeit als Aufgabe für die Starken. Gerade vor der Wahl hätte ich mir zum Beispiel klarere Worte gewünscht. Dass es nicht sein kann, dass der Staat zum Reparaturbetrieb der Finanzsysteme wird, die Kleinen die Schäden übernehmen und die Großen die Gewinne, sobald diese wieder sprudeln.

Grafik: **www.armut-bedroht-alle.de**

Der zweite baden-württembergische Aktionstag gegen Armut findet am 15. Oktober ab 16 Uhr in der EmK Waiblingen (Blumenstraße
25) statt. Mit dabei sind Vertreter von Diakonie, Kirche, Wirtschaft und Politik.
Informationen im Internet: **www.armut-bedroht-alle.de**